Herausforderungen für Kuba, Honduras, Venezuela

im Schatten der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA

von Alexander Charlamenko

(Beitrag für den Kanal „Europa für Kuba, am 10.12. 2025)

Seit Ende Oktober hat **Kuba** mit den Zerstörungen durch den Hurrikan „Melissa“ zu kämpfen. Die östlichen Provinzen wurden am stärksten von dem Unwetter getroffen. Häuser, Straßen und Stromleitungen wurden zerstört, Tausende Hektar Ackerland gingen verloren. Aufgrund der starken Regenfälle trat der Fluss Cauto über eine Länge von 16 km über die Ufer.
Die Behörden, die Armee und die Bevölkerung Kubas haben erneut ihre hohe Organisationsfähigkeit unter Beweis gestellt. Über eine Million Einwohner wurden rechtzeitig aus dem gefährdeten Gebiet evakuiert, wodurch Menschenleben gerettet werden konnten. Jede betroffene Familie erhielt ein Paket mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln, Baumaterialien wurden zum halben Preis geliefert, vergünstigte Kredite vergeben und Die Wohnungen der Bedürftigen werden kostenlos wieder aufgebaut. Im In- und Ausland werden Hilfsgüter gesammelt, die kostenlos verteilt werden. Elektriker- und Kommunikationsteams aus ganz Kuba bauen die Kommunikationsnetze wieder auf, dabei werden sie von den Einheimischen unterstützt.
Die Führung der Partei und des Staates behält die Lage unter ständiger Kontrolle. Miguel Díaz-Canel hat das Katastrophengebiet sechs Mal besucht. Am Vorabend des 2. Dezembers kontrollierte der Präsident den Fortschritt der Wiederaufbauarbeiten in der Provinz Santiago de Cuba. Dort traf er sich mit Domisiano Graterol, dem stellvertretenden Minister für öffentliche Arbeiten Venezuelas, der eine Brigade bolivarischer Jugendlicher leitet. Díaz-Canel betonte, dass diese Hilfe in einer für Venezuela schwierigen Zeit ein Beweis für die brüderliche Freundschaft zwischen den beiden Völkern sei.
Auch andere befreundete Länder helfen Kuba in dieser schwierigen Zeit. Der Präsident der USA, die an Kuba grenzen und denselben Naturkatastrophen ausgesetzt sind, begnügte sich mit einem lautstarken Versprechen „humanitärer Hilfe”, das natürlich nicht eingehalten wurde.
Die letzten Wochen waren geprägt von einer hohen internationalen Aktivität Kubas. Ende November stattete Roberto Morales Ojeda, Sekretär für organisatorische Fragen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, Russland einen Arbeitsbesuch ab. Es wurde ein Kooperationsabkommen zwischen den Regierungsparteien beider Länder unterzeichnet, das von beiden Seiten als beispiellos bewertet wird. Die russische Seite bekräftigte ihre Unterstützung für das brüderliche kubanische Volk im Kampf gegen die kriminelle Blockade der USA und ihre Hilfe bei der Bewältigung der Folgen des Hurrikans. Der kubanischen Führung wurde Dank ausgesprochen für ihre öffentliche Kritik an der Expansion der NATO bis an die Grenzen Russlands und für ihre Unterstützung der legitimen Forderungen nach Garantien für dessen Sicherheit. R. Morales Ojeda besuchte die Denkmäler der Revolution: den Kreuzer „Aurora“, den Smolny, legte Blumen am Lenin-Mausoleum und an der Kremlmauer nieder.
Gladys Martínez, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Kubas und Erste Sekretärin des Parteikomitees der Provinz Artemisa, besuchte die chinesische Provinz Hunan. Am 30. August wurde zwischen beiden Provinzen ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der Reisproduktion und Viehzucht geschlossen. Nun wurde eine Vereinbarung über den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Parteikomitees der Provinzen getroffen. Die

kubanische Delegation besuchte die Gedenkstätte in der Heimat von Mao Zedong, um dem historischen Führer der chinesischen Revolution zu gedenken. Die kubanische Seite begrüßte die Möglichkeit des Abschlusses eines Abkommens zwischen der Provinz Hunan und der Provinz Holguín – der Heimat von Fidel Castro.
Der 2. Dezember dieses Jahres ist auch der 65. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Republik Kuba und der Sozialistischen Republik Vietnam. Die Grundlagen für die brüderliche Freundschaft wurden von Fidel Castro und Ho Chi Minh gelegt. Kuba war das erste Land in der westlichen Hemisphäre, das die damals noch Demokratische Republik Vietnam als heldenmütiges Land anerkannte. Fidel Castro spielte eine entscheidende Rolle bei der Entfaltung der weltweiten Bewegung für Solidarität mit dem Kampf Vietnams gegen die Aggression der USA. Im Gegenzug ist Kuba Vietnam für die unveränderliche Unterstützung seines Kampfes gegen die Blockade dankbar.
In den letzten Jahren haben die Beziehungen zwischen den beiden Ländern eine neue Ebene erreicht. Kuba und Vietnam arbeiten in den Bereichen Ernährungssicherheit, Bauwesen, Energie, Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft zusammen. Vietnam beteiligt sich an der Entwicklung der kubanischen Agrarindustrie, während Kuba sich an der Entwicklung der Biotechnologie und Pharmazie in Vietnam beteiligt. Das aktuelle Jahr, in dem sich die Unabhängigkeit Vietnams zum 80. Mal und die Vereinigung Vietnams zum 50. Mal jährt, wurde in beiden Ländern zum Jahr der vietnamesisch-kubanischen Freundschaft erklärt. Die Heimatfront und das Rote Kreuz führten in Vietnam eine breit angelegte Solidaritätskampagne mit der Insel durch. Am 2. Dezember leiteten Präsident Miguel Díaz-Canel und der stellvertretende Premierminister Ho Quoc Dong eine feierliche Zeremonie in Havanna. In der Provinz Mayabeque weihten sie eines von vier Solarkraftwerken mit einer Leistung von jeweils 20 Megawatt ein, die Vietnam Kuba geschenkt hat.
Am Abend desselben 2. Dezembers wurde im Palast der Revolution in Havanna unter dem Vorsitz von Präsident M. Díaz-Canel das 50-jährige Jubiläum eines weiteren brüderlichen Landes gefeiert – der Demokratischen Volksrepublik Laos. Der Botschafter von Laos dankte Kuba für die Hilfe in den Jahren des nationalen Befreiungskampfes, insbesondere für die heldenhafte Arbeit kubanischer Ärzte in einem Krankenhaus, das vor amerikanischen Bombenangriffen in Berghöhlen versteckt war. Außenminister Bruno Rodríguez berichtete, wie die Heldin Melba Hernández mit einer Solidaritätsmission in das kämpferische Laos kam. Kuba war das erste Land der westlichen Hemisphäre, das Laos wie zuvor Vietnam anerkannte, und 1976 empfing Fidel Castro den laotischen Führer Kaysone Phomvihane in Havanna. Das heutige Laos baute ebenso wie Vietnam auf Ebene der Parteien und Parlamente seine Beziehungen zu Kuba aus und kooperiert mit dem Land in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin und Hochschulbildung.

Am 4. Dezember wurde auf Initiative der Vereinten Nationen weltweit zum ersten Mal der Internationale Tag gegen einseitige Zwangsmaßnahmen, irreführenderweise als „Sanktionen" bezeichnet, begangen. Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez bekräftigte seine Verurteilung solcher Maßnahmen, die gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen verstoßen. Der Extremfall sei die Blockade Kubas, nichts anderes als „Wirtschaftskrieg und immer brutaleres Erdrosseln". Der Außenminister bekundete seine Solidarität mit anderen Ländern, die unter solchen illegalen Maßnahmen leiden, und betonte die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen deren Folgen.

Am 4. Dezember wurde in **Washington die neue „Nationale Sicherheitsstrategie"** veröffentlicht. Dieses Dokument legt die Hauptziele der Außen- und Militärpolitik der USA fest. Die schwerwiegendsten Folgen hat die neue Doktrin für Lateinamerika. Zum ersten Mal seit

vielen Jahrzehnten wird in einem offiziellen Dokument bekräftigt, dass die USA „die Monroe-Doktrin erneut bekräftigen und ihre Umsetzung durchsetzen werden, um die amerikanische Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen". Allen Konkurrenten der USA soll es verboten werden, „dort Kräfte und Mittel zu stationieren, die eine Bedrohung darstellen könnten, sowie strategisch wichtige Vermögenswerte zu besitzen oder zu kontrollieren". Es wird das Ziel gesetzt, die Industrie aus Asien in „befreundete Länder" der westlichen Hemisphäre zu verlagern und die Produktionsstruktur dieser Länder den Bedürfnissen amerikanischer Unternehmen und dem Wirtschaftskrieg gegen China unterzuordnen. Aus dieser Perspektive kann fortan jedes Wirtschaftsabkommen eines lateinamerikanischen Landes mit China oder Russland als Beeinträchtigung der „nationalen Sicherheit der USA" angesehen werden. Wirtschaftssanktionen, subversive Aktionen und sogar der Einsatz militärischer Gewalt gegen unliebsame Länder werden legalisiert, wie wir derzeit beobachten können.

In der Karibik sind bereits bis zu 20 % der Seestreitkräfte der USA konzentriert. Die Kontingente der amerikanischen Truppen auf den Stützpunkten in Puerto Rico und Panama werden aufgestockt. Argentinien, Ecuador, Peru, der Dominikanischen Republik, Guyana, Trinidad und Tobago wurde eine militärische Zusammenarbeit, einschließlich der Stationierung von US-Truppen, aufgezwungen. Das Pentagon kündigt die Möglichkeit von Bodenoperationen in Mexiko, Kolumbien und anderen Ländern der Region an. Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro forderte die USA auf, „den Jaguar nicht zu wecken" und „zwei Jahrhunderte diplomatischer Beziehungen nicht zu schädigen".

Wie gefährlich der derzeitige Kurs der USA für die Völker Lateinamerikas ist, zeigt das Schicksal **von Honduras** – einem der ärmsten Länder der Region. Seit den 1980er Jahren gibt es dort amerikanische Militärstützpunkte. Washingtons Handlanger in der Politik ist die rechtsextreme „Nationale Partei", die vor über einem Jahrhundert von einem Plantagenbesitzer nordamerikanischer Herkunft gegründet wurde. Im Jahr 2009 versuchte der liberale Präsident Manuel Zelaya, das Land näher an den ALBA-Block heranzuführen und eine Verfassungsreform durchzuführen, wurde jedoch von der Oligarchie mit Unterstützung Washingtons durch einen militärisch-zivilen Putsch gestürzt.

12 Jahre lang wurde das Land von Handlangern der USA aus der Nationalpartei regiert. Der berüchtigtste von ihnen war Juan Orlando Hernández, der das Land vollständig denen unterstellte, die ihn finanzierten: US-Agrarkonzernen sowie der kolumbianischen und mexikanischen Drogenmafia. Mafiosi und mit ihnen verbundene Rechtsextreme terrorisierten alle ihnen missliebigen Personen. Gemessen an Mordrate im Verhältnis zur Bevölkerungszahl lag Honduras weltweit an erster Stelle. Aber es gelang ihnen nicht, das gesamte Volk einzuschüchtern. Gegen das kriminelle Regime formierte sich eine zivile Widerstandsbewegung, der Gewerkschaften, Bauern-, Indianer-, Afroamerikaner- und Umweltorganisationen angehörten. Unter der Führung des ehemaligen Präsidenten Manuel Zelaya, seiner Frau Xiomara Castro und des Anwalts Rixy Moncada wurde die Partei „Freiheit und Neugründung des Staates" (Libertad y Refundación, abgekürzt: LIBRE) gegründet.

Mit Unterstützung von Volksorganisationen wurde Xiomara Castro 2021 zur Präsidentin gewählt. Ihre Regierung musste unter den schwierigen Bedingungen der Sabotage durch die Oligarchie arbeiten, die über die Mehrheit in der Legislative, der Judikative und der Wahlbehörde verfügte. Innerhalb von vier Jahren gelang es, Armut und Elend deutlich zu verringern und die Welle des kriminellen Terrors einzudämmen. Der ehemalige Diktator

Hernández wurde in die USA ausgeliefert und von einem Bundesgericht in New York wegen Schmuggel-Einfuhr von mehr als 400 Tonnen Kokain in die USA zu 45 Jahren Haft verurteilt.

Bei den Präsidentschaftswahlen am 30. November 2025 wurde Nasri Asfura von der Nationalen Partei und Salvador Nasrallah von der Liberalen Partei nominiert, beide aus der syrisch-libanesischen Diaspora. Die Partei LIBRE nominierte Rixi Moncada mit einem Programm zur Fortsetzung der Reformen.

In den letzten Tagen vor den Wahlen mischten sich die USA offen in den Wahlkampf ein. Donald Trump sprach sich dreimal für Nasri Asfura aus, während er Rixy Moncada als „Kommunistin“ und „Anhängerin von Fidel Castro“ und den Liberalen Nasralla als „Beinahe-Kommunisten“ betitelte. Trump drohte, dass kein Präsident von Honduras außer Asfura Hilfe oder Investitionen von den USA erhalten werde. Zu allem Überfluss begnadigte der US-Präsident Hernández und erklärte ihn zum Opfer der Verfolgung durch die Biden-Regierung. Trumps Einmischung in die inneren Angelegenheiten Honduras wurde vom argentinischen Präsidenten Milei und dem Führer der rechten Opposition Mexikos, dem Multimillionär Ricardo Salinas, unterstützt.

Die Führer der LIBRE-Partei hatten wiederholt vor der Gefahr einer Fälschung der Wahlergebnisse gewarnt. Entgegen allen Umfragen ergab die vorläufige Auszählung etwa 40 % für Asfura und Nasralla und nur 19 % für Rixy Moncada. Die Wahlbeteiligung lag unter 43 %. Die Partei LIBRE erkannte diese Ergebnisse nicht an und forderte den Wahlrat auf, die Wahl für ungültig zu erklären. Der Vertreter von LIBRE im Wahlrat, Marlon Ochoa, gab bekannt, dass 86,6 % der Stimmzettel, die durch das elektronische System zur vorläufigen Auszählung der Stimmen gelaufen sind, nicht mit der daktyloskopischen Identifizierung der Wähler übereinstimmen; außerdem wurden weitere grobe Verstöße festgestellt. Der Generalstaatsanwalt beauftragte das Innenministerium, eine Untersuchung der Wahlfälschung einzuleiten. Honduras befindet sich in einer tiefen politischen Krise und ist von einer direkten Intervention der USA bedroht.

Am 29. November erklärte Präsident Trump den Luftraum **über Venezuela** und den angrenzenden Gebieten für „vollständig gesperrt“. Zivilluftfahrtunternehmen der Europäischen Union und Panamas haben ihre Flüge nach Venezuela gestrichen. Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez verurteilte diesen Schritt als ernsthafte Bedrohung und Eskalation der militärischen Aggression und des psychologischen Krieges gegen das Volk und die Regierung Venezuelas. Der kolumbianische Präsident G. Petro erklärte: „Die USA haben kein Recht, den venezolanischen Luftraum zu sperren. Kolumbien nimmt den zivilen Flugverkehr mit Venezuela wieder auf und fordert die Welt auf, dasselbe zu tun.“

Am 2. Dezember kündigte Donald Trump an, dass die Streitkräfte des Pentagons „sehr bald“ Bodenoperationen gegen angebliche „Drogenkartelle“ beginnen würden. Vor allem drohte er Venezuela, wo es längst keine Drogenkartelle mehr gibt. Vor einigen Tagen übertrug ein Gericht im US-Bundesstaat Delaware offiziell eine Tochtergesellschaft der staatlichen venezolanischen Ölgesellschaft PDVSA in den USA an ein amerikanisches Unternehmen, über die Washington zuvor im Namen seines Marionettenpräsidenten Juan Guaidó verfügt hatte. Um Washington zu gefallen, forderte die argentinische Regierung unter Milei den Internationalen Gerichtshof in Den Haag auf, unverzüglich einen Haftbefehl gegen Nicolás Maduro und andere Führer der bolivarischen Regierung zu erlassen.

Bei einer Kundgebung in Caracas sagte Nicolás Maduro, dass das Land „22 Wochen psychologischen Terrorismus" erlebt habe, aber dass es nicht gelungen sei und auch nicht gelingen werde, es vom Weg zum Aufbau einer würdigen Heimat abzubringen. Der Präsident erinnerte an die Geschichte des Widerstands der Venezolaner gegen die Kolonialherren und fasste zusammen: „Damals konnten sie uns nicht besiegen, sie werden es niemals schaffen."

Die Bereitschaft Venezuelas zum Widerstand veranlasst Washington, Drohungen mit Verhandlungsbereitschaft zu mischen. Kürzlich berichtete Maduro von einem Telefonat mit Trump, der aus dem Weißen Haus im Miraflores-Palast angerufen hatte. Maduro bezeichnete das Gespräch als „respektvoll und herzlich" und äußerte seine Hoffnung auf einen Dialog zwischen Venezuela und den USA. Gleichzeitig erfordert der Zickzackkurs der Washingtoner Machthaber von den Völkern Wachsamkeit und eine Stärkung der Solidarität mit dem kämpfenden Venezuela.

Die Kommission für internationale Angelegenheiten der Nationalversammlung der Volksmacht Kubas wandte sich an die Bürger Lateinamerikas und der Karibik sowie an die Bürger der USA. Die kubanischen Abgeordneten riefen die Parlamentarier anderer Länder dazu auf, sich gegen die Drohungen und kriminellen Pläne der herrschenden Kreise der USA zu stellen, deren wahres Ziel der Sturz der verfassungsmäßigen Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela und die Aneignung der Ressourcen des Landes ist. Die Erklärung ruft dazu auf, „unverzüglich zu handeln, damit unsere Friedensbotschaft die amerikanische Öffentlichkeit erreicht, um das Vergießen von lateinamerikanischem und karibischem Blut wie auch des Bluts von Bürgern der Vereinigten Staaten zu verhindern".

Wir schließen uns dem Aufruf an, mit dem die Erklärung der kubanischen Parlamentarier endet:

Sagen wir **„Nein" zum Krieg!"** ... und fügen hinzu:

Sie werden nicht durchkommen!
Wir werden leben und siegen!